

presse

Jugendliche brauchen Perspektiven und kein unsoziales Kürzungspaket

Zu der aktuell vorgestellten 16. Shell-Jugendstudie sowie zu den aktuellen Haushaltsberatungen erklären die jugendpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Caren Marks sowie der zuständige Berichterstatter Sönke Rix:

Junge Menschen sehen trotz Finanz- und Wirtschaftskrise zuversichtlich in die Zukunft und sind insgesamt optimistischer. Das ist eine gute Nachricht. Aber die neue Shell-Jugendstudie zeigt auch, dass junge Menschen umso weniger optimistisch sind, je größer ihre Benachteiligungen sind. Die Bundesregierung muss daher Anstrengungen unternehmen, diejenigen Jugendlichen, die "abgehängt" sind, wieder mitzunehmen.

Es ist fatal, dass die Bundesregierung das genaue Gegenteil plant, wie die Haushaltsberatungen diese Woche zeigen. Die geplanten Kürzungen bei der Jugendpolitik und der Arbeitsmarktförderung werden benachteiligte Jugendliche weiter ins Abseits drängen.

Jugendliche brauchen Perspektiven und kein unsoziales Kürzungspaket. Es muss dringend eine Jugend-, Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik her, die die Chancen junger Menschen fördert und ihre Rechte sichert.

- Die SPD-Bundestagsfraktion fordert eine Bildungsoffensive, die ihren Namen verdient hat. Ein wichtiges Ziel ist und bleibt die deutliche Reduzierung der Schulabbrecherquote. Daher muss die Bundesregierung den Ausbau der frühkindlichen Bildung und der Ganztagschulen vorantreiben.
- Wir brauchen eine Politik, die junge Menschen in Ausbildung bringt und ihnen Perspektiven eröffnet. Aktuell fehlen immer noch über 100.000

betriebliche Ausbildungsplätze - doch die Bundesregierung schweigt dazu.

- Der Übergang von der Schule zur Ausbildung muss besser gelingen. Wir brauchen eine Ausbildungsoffensive insbesondere für benachteiligte Jugendliche. Beispielsweise müssen auslaufende Maßnahmen der beruflichen Bildung - wie der Ausbildungsbonus und die Berufseinstiegsbegleitung - entfristet werden. Für junge Menschen, die mehrere Jahre in sogenannten Warteschleifen sind, brauchen wir eine Berufsausbildungsgarantie.
- Außerdem wollen wir die Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche stärken. Viele Vereine und Initiativen, die Jugendprojekte in den unterschiedlichsten Bereichen anbieten, sollen ab dem nächsten Jahr nicht mehr gefördert werden. Das ist ein Skandal, den wir in den anstehenden Haushaltsverhandlungen verhindern wollen.
- Außerdem wollen wir die beliebten Jugendfreiwilligendienste massiv ausbauen, so dass jeder Jugendliche, der sich ein Jahr gesellschaftlich engagieren möchte, auch einen vom Bund geförderten Platz erhält. Die Shell-Studie belegt das große Interesse an einem freiwilligen Engagement.